

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

7. September 2021

8.2021

Marktinstrumente oder Ordnungspolitik?

DIE LINKE steht für radikalen Klimaschutz. Das 1,5-Grad-Ziel von Paris muss eingehalten werden. Bis 2035 muss Deutschland klimaneutral sein. Unter dem Motto »System Change not Climate Change« streiten wir für Klimagerechtigkeit – global und hier bei uns. Für Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland bedeutet das: Sie dürfen Menschen, die es jetzt schon schwer haben, nicht noch zusätzlich belasten. DIE LINKE ist die Sozialversicherung beim Klimaschutz.

Viele Vorschläge zum Klimaschutz setzen auf Marktmechanismus: zum Beispiel Emissionshandel oder eine CO₂-Bepreisung. Ein anderer Weg ist »Ordnungsrecht«: klare Regeln einführen und exakte Klimaschutzvorgaben machen, zum Beispiel einen Kohleausstieg zum Tag X oder einen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor zum Tag Y usw. Alle anderen (demokratischen) Parteien setzen v.a. auf Marktinstrumente, auch die Grünen. Nur DIE LINKE setzt auf das **Ordnungsrecht** und darauf, dass wir **Alternativen** schaffen.

Es viele gute Gründe, die gegen Marktinstrumente sprechen:

■ Marktinstrumente sind oft **sozial ungerecht**. Soziale Verwerfungen sind teilweise einkalkuliert, teilweise ungewollt und unerwartet. Beispiel: Die Modernisierungumlage (ein Marktinstrument, eingeführt unter rotgrün) sollte eigentlich für mehr Klimaschutz im Gebäudesektor sorgen. Stattdessen führte sie zu starken Mieterhöhungen und hunderttausendfacher Verdrängung einfacher Mieter*innen v.a. aus den Innenstädten. Ein Desaster marktorientierter Klimapolitik. 2. Beispiel: Der zu Jahresbeginn 2021 eingeführte CO₂-Preis führt zu erheblichen Mehrkosten (50 Mio. Euro) bei der Deutschen Bahn – ein übersehener, für den Klimaschutz völlig kontraproduktiver Nebeneffekt.

■ Marktinstrumente schaffen häufig **neue ungerechte Privilegien für Reiche**. Beispiel: City-Maut. Während Reiche einfach weiter in die Innenstadt fahren, können Arme es sich nicht mehr leisten.

■ Wenn mit Preisen Verhaltensänderungen bei der Bevölkerung hervorgerufen werden sollen, müssen **Alternativen** zur Verfügung stehen. Sonst wird das Leben nur teurer, kann aber nicht geändert werden.

CO₂-Preis? Warum radikaler Klimaschutz nicht über den Markt geht.

■ Marktinstrumente sind aus Klimaperspektive oft **ineffektiv**, es gibt keine Garantie, dass und wann Klimaziele tatsächlich erreicht werden. Beispiel: EU-Emissionshandel.

■ Ordnungspolitik lässt sich leicht sozial ausgestalten: Es ist sinnvoller, eine **geplante Transformation** zu betreiben, statt lediglich finanzielle Anreize zu setzen und darauf zu hoffen, dass die erwünschten Folgen eintreffen.

CO₂-Preise – ohne Alternativen zu schaffen – sind nicht die Lösung

Der LINKEN wird bisweilen – von rechts – vorgeworfen, eine »Verbotspartei« zu sein. Allerdings: Wenn der CO₂-Preis klimarelevante Lenkungswirkung entfalten soll, muss er sehr hoch sein. Wird er sehr hoch angesetzt, werden sich viele Menschen alltägliche Dinge nicht mehr leisten können, z.B. Autofahren, wenn das Benzin dadurch immer teurer wird. Es handelt sich also faktisch für die Gering- bis Normalverdienende Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls um ein Verbot, natürlich ohne, dass das Wort »Verbot« ausgesprochen werden muss. Reiche haben die Straßen dann für sich. Aus LINKER Sicht sollte gleiches Recht für alle herrschen, statt Sonderrecht für Reiche.

Der 2021 neu eingeführte CO₂-Preis für die Sektoren Wärme und Mobilität (Öl und Gas) trifft vor allem Menschen mit geringen Einkommen sind betroffen, bestätigt auch ein jüngst veröffentlichtes Gutachten im Auftrag des Bundesverbands der Verbraucherzentralen. Er trifft v.a. Menschen auf dem Land in schlecht gedämmten Häusern und ohne Alternativen zum Auto. Sollte der CO₂-Preis weiter erhöht werden, wie u.a. von den Grünen gefordert, wird das zu Härtefällen führen, da reicht auch eine Rückzahlung der Einnahmen als »Energiegeld« nicht aus.

DIE LINKE fordert:

■ **Klimaschutz ohne Mieterhöhung!** Der neu eingeführten **CO₂-Wärmepreis** muss **vollständig auf die Vermieter*innen umgelegt werden**. Es ist absurd, wenn Mieter*innen ihn bezahlen müssen, die selbst gar nicht über ihre eigene Heizung (bzw. Dämmung) entscheiden können. Aufschläge auf die Miete darf es nur in Höhe der erreichten Einsparung bei Heizung und Warmwasser geben. Wir

legen ein Förderprogramm für Vermieter*innen auf, die die Modernisierung nicht leisten können (Förderung gegen gemeinnützige Bewirtschaftung).

■ DIE LINKE will **ÖPNV ausbauen** und machen ihn als Gemeingut **kostenlos**. Wir halbieren die **Bahnpreise**, damit die Menschen echte Alternativen zum Auto haben.

■ Wir benennen **konkrete Ausbauziele für Erneuerbare Energien**: In den Jahren bis 2025 wollen wir pro Jahr mindestens 10 Gigawatt (GW) Fotovoltaik installieren, sowie 7 GW Windenergie an Land und 2 GW auf See.

■ Ungerechtfertigte **Industrie-Rabatte** auf die CO₂-Preise (Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel und im Erneuerbare-Energien-Gesetz) müssen **entfallen**.

■ Wir haben ein **Klima-Job-Programm** vorgelegt: 100 000 Arbeitsplätze bei Erneuerbaren Energien, 200 000 in der Schienen(fahrzeug)-Industrie, 200 000 ÖPNV. Hinzu kommt, dass wir in Pflege, Bildung und Erziehung eine halbe Million zusätzliche Arbeitsplätze schaffen wollen.

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.